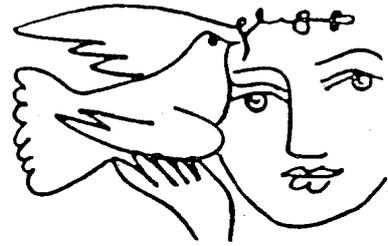


Schluss mit dem sinnlosen Sterben in Afghanistan



Aufruf zum ersten Jahrestag des Massakers von Kunduz

Wer das Ende des Sterbens in Afghanistan will, muss zuerst den Krieg beenden. Inzwischen glaubt ohnehin niemand mehr daran, dass ein militärischer Sieg möglich ist. Mehr als zweitausend tote Soldaten der Interventionsarmeen und 60.000 tote Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder, mahnen. Die Antikriegsstimmung in den westlichen Demokratien wächst. Kanada und die Niederlande ziehen ihre Truppen ab, andere Staaten erwägen Gleiches. In Deutschland sind ca. 70% der Bevölkerung gegen den Krieg – aber die Bundesregierung schert sich nicht darum.

Die NATO ist in Afghanistan zu einem Unsicherheitsfaktor geworden. Ihre Verantwortlichen reden vom baldigen Abzug und setzen auf „weitermachen“. Im Jahr 2011, so US-Präsident Obama, würde der Rückzug beginnen. US-Verteidigungsminister Gates und der US-Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Afghanistan, General Petraeus, haben aber mehrfach deutlich gemacht, dass an einen Abzug solange nicht zu denken ist, als die „Voraussetzungen“ im Land nicht gegeben sind. Wie auch immer: Es ist nützlich, an den wahlkampfbedingten Teilabzug der US-Truppen aus dem Irak zu erinnern. Zurück bleiben Ruinen, bleibt ein desolates Land und es sind Hunderttausende tote Iraker, Millionen Flüchtlinge und über 4.400 tote GIs bei einer Billion Dollar Kriegskosten zu beklagen.

In Afghanistan wurde keines der vorgegebenen Kriegsziele erreicht. Im Gegenteil: Die Anzahl der zivilen Opfer steigt an. Die Armut wächst, Hunger bedroht mehr als ein Drittel der afghanischen Bevölkerung, 61% sind unterernährt, die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken, der Zugang zu Trinkwasser ist für lediglich 13% der Afghanen gesichert. „Nichts ist gut in Afghanistan“. Dieses Wort von Margot Käßmann findet täglich seine Bestätigung.

Die Bundeswehr wird durch unverantwortliche Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse immer tiefer in die Verbrechen des Afghanistankrieges verstrickt. Auch sie tötet Unschuldige. Sie erhöht die Anzahl ihrer Truppen und verstärkt die Kriegshandlungen. Für die mehr als 100 zivilen Opfer des Bombenangriffs vom 4. September 2009 bei Kunduz zahlt die Bundesregierung 5.000 Dollar (das sind 3.800 EUR) pro betroffener Familie. Ein deutscher Oberst hatte den verheerenden Angriff angeordnet. Seine Tat bleibt ungesühnt.

Die Aufstockung der Interventionstruppen wird die militärische Lage nicht verbessern, sondern den Widerstand weiter herausfordern. Sämtliche bisherigen Truppenerhöhungen haben nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Widerstand gebracht. Und auch nach neun Jahren Aufbau und Training von afghanischer Polizei und Armee ist es nicht gelungen, eine nennenswerte Anzahl geeigneter Soldaten zu rekrutieren. Auf diese Weise „Sicherheit am Hindukusch“ schaffen zu wollen, ist Wunschdenken.

Auch die „zivil-militärische“ Zusammenarbeit ist gescheitert. Soldaten sind dazu da Krieg zu führen. Das ist etwas anderes als ein Land aufbauen. Entwicklungsorganisationen und andere zivile Hilfsorganisationen wollen den Menschen helfen. Helfen und das Land aufbauen ist nur möglich in strikter Unabhängigkeit von militärischen Aktionen.

Jetzt wurden mehr als 91.000 als geheim eingestuft Dokumente über den Krieg in Afghanistan durch die Internetplattform Wikileaks veröffentlicht. Sie enthalten bestürzende Botschaften. Demnach macht eine geheime Mordtruppe „Taskforce 373“ Jagd auf führende Widerständler nach der Kopfgeldjägerdevise „Tot oder lebendig“. Die Dokumente belegen, dass die Interventionssoldaten bei ihren rücksichtslosen Bombardements, Stoßtruppunternahmen, Durchsuchungen von Häusern und Ortschaften sowie bei Gefechten mit Aufständischen zahllose Zivilisten umbringen. Der Widerstand hat besonders auch im Norden Afghanistans, wo sich die Bundeswehr befindet, an Einfluss gewonnen. Afghanische Polizei und Soldaten eröffneten immer wieder das Feuer aufeinander. Zivile Aufbauprojekte seien häufig Scheinblüten, Korruption auf afghanischer Seite sowie Drogenanbau und –handel seien weiter ungebrochen.

In Afghanistan geht es in Wahrheit nicht um Menschenrechte und Demokratie, sondern um machtpolitische und wirtschaftliche Interessen. Letztlich geht es auch der Bundesregierung darum, in Zentralasien, der rohstoffreichen und geostrategisch so wichtigen Weltregion, präsent zu sein – frei nach dem Motto: „Nur wer mit schießt, kann auch mitreden.“ Die für den Krieg Verantwortlichen wollen mit ihren Propagandalügen die wahren Motive und Absichten verbergen. Auf der Strecke bleiben die Lebensinteressen der afghanischen Bevölkerung und die demokratische Kultur hier zu Lande.

Der Krieg wird auch immer teurer. Unser Sozialstaat gerät auch durch den Afghanistan-Krieg und durch andere Militäreinsätze zunehmend in Gefahr. Die drei Milliarden Euro Afghanistan-Kriegskosten jährlich, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung unter Berücksichtigung aller Neben- und Folgekosten errechnete, müssen zivilen Aufgaben zugeführt werden. So erhalte die verbreitete Forderung nach Einsparung von Rüstungsmilliarden eine zusätzliche aktuelle Begründung. Und diejenigen, die nicht für die Kosten der Wirtschaftskrise zahlen zu wollen, könnten auf diese Einsparmöglichkeit verweisen.

Am ersten Jahrestag des Kunduz-Massakers fordert die Friedensbewegung von Bundesregierung und Bundestag, den Krieg in Afghanistan endlich zu beenden, die Kämpfe unverzüglich einzustellen und mit dem Abzug der Truppen sofort zu beginnen. Nur so haben Frieden und ziviler Wiederaufbau eine Chance.

Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel, den 4. September 2010

Spenden für die Friedensarbeit (steuerabzugsfähig):
Konto-Nr. 217001232 bei Kasseler Sparkasse, BLZ 5205053 Stichwort: „Friedensratschlag“